

Der Tscheka-Prozess.

Die Rolle des Russen Stoblewski.

Belgrad, 18. Febr. Der belgradische Tscheka-Prozess nimmt heute unter stärkstem Jubel des Publikums seinen Fortgang. Nachdem die Vernehmung Neumanns abgeschlossen ist, gelangt man heute zur Vernehmung des Angeklagten Stoblewski. Dieser Russe ist die rätselhafteste Persönlichkeit, die in den Aussagen Neumanns die wichtigste Rolle spielt. Neumann behauptet, Stoblewski sei identisch mit Helmut. Von diesem Helmut habe er die Aufträge zur Ermordung der Großindustriellen, Minister und Episkop erhalten, und dieser Mann habe in der russischen Botschaft gewohnt. Stoblewski ist ein junger Mann mit schärfgeschnittenem bleichen Gesicht. Er gibt an, russischer Staatsangehöriger und 34 Jahre alt zu sein und Peter Alexander mit Vornamen zu heißen. Von den Mitangeklagten kenne er nur den Hufe, sonst aber keinen einzigen, daher auch nicht den Neumann. Er habe mit den Namen Helmut, Gores, Goresoff, General Wolf und Will, die sämtlich auf ihn bezogen wurden, wie überhaupt mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun. Er sei als russischer Deserteur 1918 mit einem Transport russischer Soldaten in Marseille angekommen, habe dann bis 1924 in Paris als Mechaniker gelebt und sei dann, von dem Wunsch getrieben nach Rußland zurückzukehren, nach Deutschland gekommen. Er reise mit einem falschen norwegischen Paß, und von Hufe wolle er die erforderlichen Ausweispapiere für den Aufenthalt in Deutschland haben. Die dieser verschaffen konnte. Den Hufe habe er kennen gelernt durch einen Herrn, den er aber nicht nennen will. Den Namen dieses Herrn habe er auch nicht dem Hufe genannt, sondern die Adresse einer ihm bekannten Dame, der Russin Maria Schipora, die bei dem Herrn wohnte. Wie im Verlaufe der Verhandlung festgestellt wird, war dieser Herr ein gewisser Winkler in der Maderstraße 104a. Stoblewski sei auf die Aussage Neumanns hin verhaftet worden.

Der Vorsitzende ruft Neumann und fragt ihn, ob er in Stoblewski Helmut wiedererkenne. Große Spannung im ganzen Saal. Neumann erklärt mit fester Stimme: „Ich erkenne Helmut in Stoblewski wieder. Daran kann gar kein Zweifel sein.“ Er habe ihn zuerst in der russischen Botschaft getroffen, daß Stoblewski tatsächlich dort wohnte, schloß Neumann daraus, daß Stoblewski im Winkler auf dem Bett saß. Er wird dann beschossen, den Winkler als Zeugen zu laden. Dann wurde ein Lichtbild Stoblewskis heraufgeholt, das dem Neumann während der Voruntersuchung vorgelegt worden war und auf dem Helmut erkannt haben will. Weiter wird festgestellt, daß es noch einen zweiten Helmut in der kommunistischen Partei gibt. Dieser war Kassierer des Oberbesten Südbest, hat auch zwei oder dreimal Geld von Neumann in Empfang genommen, worüber er quittiert hat und ist sein: reit in Stuttgart verhaftet und abgeurteilt worden.

Die Verhandlung wendet sich dann der Voruntersuchung zu, und die Verteidigung richtet einen scharfen Angriff gegen den Untersuchungsrichter, Landgerichtsdirektor Bogt, der damals zu Stoblewski gesagt habe: „In Kronstadt sind Millionen ermordet worden. Gegenüber solchen Menschen wie Sie es sind, haben wir keinen Anlaß Rücksicht zu nehmen. Sie werden nicht nur zum Tode verurteilt, sondern auch hingerichtet werden.“ Kriminalkommissar Heller habe gesagt: „Sie werden Rußland nicht wiedersehen, sondern um einen Kopf fürzer gemacht werden.“ Die Verteidigung beantragt prozessuale Feststellung jener Äußerung des Landgerichtsdirektors Bogt und des Kriminalkommissars Heller. Rechtsanwalt Dr. Neumann bittet den Antrag abzulehnen, da es sich um unbestimmte Angaben eines Angeklagten handle. Der Vorsitzende steht auf dem Standpunkt des Rechtsanwalts. Es handle sich hier um sehr schwere Anschuldigungen gegen einen Richter, der nicht zugegen ist und sich nicht verteidigen kann.

Die Stadt ohne Briefkasten.

Man sollte meinen, daß „Die Stadt ohne Briefkasten“ der prägnante Einfall eines Lustspieldichters sei oder der Titel eines u. a. ö. Romans wie etwa „Die Insel ohne Männer“. Das Thema ist ja verlockend. Der Briefkasten an der Straßenecke ist beinahe selbstverständlich im Wert einer Stadt, daß jeder Bürger ihn geradezu als eine Naturnotwendigkeit betrachtet und sicher noch nie bedacht hat, welche Konsequenzen sich ergeben, wenn diese bescheidenen Behälter an den Straßenecken nicht vorhanden wären.

Die Bewohner der Stadt Teply in der böhmischen Nordböhmen, die gewiß auch vielen Reichsdeutschen als berühmter Badeort und fleißige Industriestadt bekannt ist, haben jetzt Gelegenheit, die Kuriosität einer briefkastenlosen Stadt auszukosten. Seit mehr als einer Woche sind alle Briefkasten aus den Straßen der Stadt Teply verschwunden, nicht weil etwa eine Briefkastenpest ausgebrochen ist, sondern weil sich die tschechoslowakische Postverwaltung in Teply beleidigt fühlt und die Rolle eines Strafrichters spielen zu müssen glaubt.

Die Beleidigung der tschechischen Post ist der groteske „Straf“ würdig. Ein Briefkasten ist nämlich überall an einigen Stellen hergetragen worden, so daß an Stelle der schönen blauweißen Farben, in denen die tschechisch-republikanischen Briefkasten erstrahlen, das Schwarz-Gelb der österreichischen Kaiserzeit zum Vorschein kam. Man muß nämlich wissen, daß die tschechoslowakische Postverwaltung, wie mancher andere tschechische Briefkasten übernahm und sie — wie mancher andere — durch einen kleinen Anstrich entösterreicherte. Reizt man an dem tschechischen Briefkasten, so kommt Österreich zum Vorschein. Bei verschiedenen Dingen.

Simon v. Sanders' 70. Geburtstag.

Der deutsche General der Kavallerie und türkische Marschall Simon von Sanders begeht heute in München seinen siebenzigsten Geburtstag. Als Verlebter von Gailpoll hat sich Simon v. Sanders in die Reihen der erfolgreichsten Heerführer gestellt, im weiteren Verlaufe des Weltkrieges hat er bis zum Zusammenbruch als Nachfolger Döhmals die Balkanfront gehalten, um hinterher in wenig ritterscher Weise von der Entente lange Zeit in Malta festgehalten zu werden. Seit 1919 betätigt sich der Mann des Schwertes vielfach als Mann der Feder und auch als Redner, der sachkundig und treffend die ihm unüberändert am Herzen liegenden Angelegenheiten der alten Waffenbrüder unverändert zu kennzeichnen weiß. Dabei hat er sich im Gegensatz zu anderen Generälen im Ruhestand von der Beteiligung an innerdeutscher Politik stets fern gehalten.

Die Rechtfertigung der bayrischen Regierung.

München, 17. Februar. In der Plenarsitzung des Landtages erklärte Finanzminister Krausned zu den Behauptungen des Abg. Bauer über einen Kredit der Bayerischen Staatsbank an ein Unternehmen in Kärnten, dieser Kredit sei ein normaler Betriebskredit. Die angebliche Spekulation im Ausland bestehe darin, daß die Firma nach Ägypten in größerem Umfang Lieferungen gemacht habe. Es sei unrichtig, daß die Staatsbank in diesem Falle auf ihre Rinsen verzichtet habe. Handelsminister Dr. von Weizel erklärte, hinsichtlich der bayrischen Regierung und dem Wirtschaftsausschuß bestanden keine Beziehungen. Nur in einem Falle sei auf den Konsern dahin eingewirkt worden, ihn beim Zusammenbruch der Hochland-Bank zu gewisser Rücksicht zu bewegen. Der Konsern habe in diesem Falle 60 000 Mark der Bayerischen Staatsbank zur Verfügung gestellt. Am Schluß der Sitzung kündigte der sozialdemokratische Abg. Bauer an, daß er dem Finanzminister schriftlich weiteres Material unterbreiten werde.

Der Völkerverbund.

Genf, 17. Februar. Die Vertreter der 10 Mitglieder des Völkerverbundes in der Verbindungskommission haben heute nachmittags in mehrstündiger Sitzung beschlossen, daß 1. die Verbindungskommission sich nach der morgigen Sitzung vertagen soll bis nach der internationalen Konferenz über den Waffenhandel im Mat, und daß 2. die Verbindungskommission morgen ein Unterkomitee einsehen soll, das sich mit der Anfrage an alle Regierungen wenden wird, in welcher Weise sie die staatliche Kontrolle der Rüstungsindustrie vornehmen. Nach Erhalt der Antworten der Regierungen und nach der erwähnten internationalen Konferenz über den Waffenhandel soll die Verbindungskommission von neuem einberufen werden.

Paris, 17. Februar. Der internationale Kongreß der Waffenfabrikanten, der vorgestern und gestern in Paris tagte, hat beschlossen, den Staaten und ihren Delegierten, die an den Genfer Besprechungen über die private Waffenfabrikation teilnehmen, die klar formulierten Wünsche der Waffenfabrikanten zu unterbreiten. Der Kongreß war einstimmig der Ansicht, daß die private Fabrikation von Waffen und Munition keiner anderen Reglementierung als der nationalen und politischen in den einzelnen Ländern unterworfen werden dürfen.

Aus Stadt und Land.

Aue, 19. Februar 1925.

Landesversicherungsanstalt Sachsen.

Am 5. und 15. Januar fand die ordentliche Jahresversammlung des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt Sachsen statt. Aus dem Geschäftsbericht des Vorstandsvorsitzenden, Präsident Tempel, war zu entnehmen, daß das Geschäftsjahr 1924 zwar im Zeichen der Festigung der deutschen Währung und Wirtschaft stand, die Verhältnisse sich jedoch nur sehr langsam gebessert haben. Die nach der Umstellung der Renten auf Goldmark sich ergebende Rentenbelastung war außerordentlich stark und konnte in den ersten Monaten des Jahres bei keiner Landesversicherungsanstalt durch die Beitragsentnahmen gedeckt werden. Für die Landesversicherungsanstalt Sachsen betrug die monatliche Rentenbelastung circa eineinhalb Millionen Mark.

Zur Überwachung der Beitragsentrichtung wurde eine Kontrollabteilung eingerichtet, die im Frühjahr 1924 ihre Tätigkeit mit vorläufig 28 Beamten begann. Von diesen wurden bisher an 2610 Tagen insgesamt rund 17 000 Arbeitsgeber mit 482 967 Versicherten kontrolliert. In 446 Fällen mußten an Arbeitgeber oder deren Beauftragte Strafverfügungen erlassen werden. Als Beiträge wurden 87 277 501 RM. vereinnahmt; demgegenüber betragen die Einnahmen im Jahre 1923 — die Papiermark nach dem monatlichen Dollarmittelkurs umgerechnet — 2 998 003,54 Goldmark. Die Gesamtzahl der laufenden Renten betrug am 31. Dezember 1924 209 827 gegen 22 625 Ende 1923. Neu bewilligt wurden 21 834 Invalidenrenten, 4288 Witwenrenten, 3801 Waisenrenten, dagegen 1898 Invalidenrenten, 551 Witwenrenten und 68 Waisenrenten abgelehnt.

Die Gesamtzahl der im ganzen Jahre 1924 auf Kosten der Landesversicherungsanstalt in Genesungsheimen untergebrachten Kinder betrug 890, und zwar 199 Knaben und 191 Mädchen. Davon waren 19 Kinder tuberkulosekrank. Außerdem wurden in der Heilstätte Gottleuba vom Verein „Stadtkinder auf's Land“ 1141 Kinder und von der Internationalen Arbeiterhilfe 204 Kinder, zusammen 1345 Kinder verpflegt. In der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1924 befanden sich 842 Rentenempfänger in Invalidenhauspflege.

Einige Ueberschreitungen des Voranschlags für 1924 wurden vom Ausschuss genehmigt. Der Haushaltsplan der Landesversicherungsanstalt auf das Jahr 1925 mit den Unteranschlägen für die Heilstätten Dohwald, Gottleuba und Lindenhof wurde einstimmig genehmigt. Die Leistungen für Verlebte sind mit 31 000 000 RM. für Renten, 4 550 000 RM. für Heilbehandlung und allgemeine Fürsorgemaßnahmen, 210 000 RM. für Invalidenhauspflege, 80 000 RM. für Waisenhauspflege und 100 000 RM. für Mehrleistungen nach Paragraph 1400 der Reichsversicherungsordnung einestellend. Der Ausschuss nahm ferner einstimmig die bereits veröffentlichte Entscheidung an, in der eine schleunigst vorzunehmende Erhöhung der völlig unzureichenden Invalidenrenten als dringend notwendig gefordert wird. Schließlich genehmigte der Ausschuss noch einstimmig den Ankauf eines Hausgrundstückes zur Abrundung des Heilstättenareals in Gottleuba und mit Stimmenmehrheit den Ankauf des Rittergutes Langburkersdorf bei Reustadt (Sa.) zur besseren Versorgung der Heilstätte Dohwald. Da dieser Beschluß bereits in der Presse Anlaß zu einer Reihe völlig irrtümlicher Behauptungen gegeben hat, wird nach Einanga der Entscheidung der Aufsichtsbehörde über diesen Ankauf noch Näheres berichtet werden.

Die Neugestaltung der Gewerbesteuer in Sachsen.

Wegfall der Arbeitgeberabgabe. Wie der sächsische Finanzminister wiederholt angekündigt hat, wurde im Finanzministerium ein neues Gewerbesteuergesetz vorbereitet. Der Referentenentwurf für dieses neue Gesetz ist nun den in Frage kommenden Interessentengruppen, Berufsverbänden usw. zugegangen. In diesem Entwurf wird im wesentlichen zurückgegangen auf das Gewerbesteuergesetz vom Jahre 1921, in dem die Gewerbesteuer nach dem Anlage- und Betriebskapital und dem Ertrage gesteuert war. Die vielumstrittene Arbeitgeberabgabe ist in Wegfall gekommen. Die Landwirtschaft wird von der Gewerbesteuer überhaupt befreit. In Bezug auf die Besteuerung der Konsumvereine sieht der neue Entwurf eine sehr wesentliche Milderung gegenüber dem Gesetz von 1921 vor. Nach diesem Gesetz waren die Konsumvereine grundsätzlich nur dann von der Gewerbesteuer frei, wenn ihr Geschäftsbetrieb sich ausschließlich auf den Kreis ihrer Mitglieder beschränkte. Nach dem neuen Entwurf sind zunächst zwar alle Konsumvereine steuerpflichtig, aber nur insoweit, als der Betrag die Rabatte oder Rückvergütungen auf die gelieferten Waren übersteigt.

Der tägliche Weg.

Wohl ein jeder hat seinen bestimmten Weg, den er tagtäglich geht. Sei es die Hausfrau, die ihre Besorgungen erledigt, sei es der Mann, der in den frühen Morgenstunden seine Arbeitstätte aufsucht. Da geht der Arbeiter und Angestellte seinen Weg. Der Fabrikarbeiter fährt im Auto, mancher in entfernten Nachbarorten wohnende Angestellte mit der Eisenbahn. Diese legen ihren Weg mit dem Rad oder mit der Straßenbahn zu-

tigkeit heftiger fortsetzen angesichts der Strafgebühre, die die Post aus Anlaß dieses Streikes gegen eine ganze Stadt mit 40 000 Einwohnern ins Werk gesetzt hat. Die wirtschaftliche Institution der Post, die dem Verkehr zu dienen hat, als Aushalter nationaler Ehre aufzutreten zu lassen, ist ein Einfall, der in der Stadt Schönbach Helmsrecht hat. Es mag vielleicht noch Obervollziehbar sein, die eine Klasse in den Karzer setzen, weil ein Landbus unter 40 Schülern eine Knallerbe an die Wand gemorfen hat. Nach diesem Muster aber Staatspädagogie zu treiben und 40 000 Staatsbürgern den Briefkasten höher zu hängen, weil einer von ihnen Unling treibt ist ein Nonstrum.

Die Stadtverwaltung von Teply hat protestiert, das Premium der Kaufleute hat protestiert, daß die Post hätte sich in Schweigen und gibt die eingezogenen Briefkasten nicht heraus. Der Reparationsfeldzug dauert an, und man weiß nicht, welche Steigerungen er noch erfahren wird. Am Ende wird noch ein blauweißroter Briefkasten auf eine Stange aufgezogen und der Stadtrat von Teply, mit dem Bürgermeister an der Spitze, verhalten werden, dem modernen Gelehrer die Reberenz zu erweisen.

Welch ein Berggagen, Genosse dieser Zeit zu sein! Genosse von sonderbaren Schwärmern, die sich Sorgen machen, weil sie offenbar noch nicht genug Sorgen haben. Genosse von Polen, deren Ehre es erscheint, daß in Danzig politische Briefkasten hängen. Genosse von tschechischen Postbeamten, die eine postallische Hungerkur über eine Stadt verhängen, weil ein Viehdiebler verhaftet worden ist. Es ist höchste Zeit, Trennung für nationalen Beteiligungswahnsinn zu lassen. Sonst erleben wir es noch, daß wegen eines Postkastens ein Krieg entzündet.

Eines schönen Morgens also war an dem besagten Briefkasten in Teply das alte Österreich hervorgekehrt worden. Eine hahnepöbelische Untersuchung wurde eingeleitet, aber der Täter konnte nicht festgestellt werden. Was tun? Ungerührt durfte das Altentat nicht bleiben. Denn das Befragen eines Briefkastens in der Weise, daß schwarze gelbe Farben zum Vorschein kommen, ist doch fraglos als ein Anschlag gegen den tschechoslowakischen Staat zu qualifizieren. Und so dekretierte denn die Postverwaltung, daß der Stadt Teply alle Postkasten strafweise zu entziehen seien, damit die Teplyer Bürger in der briefkastenlosen, der schrecklichen Zeit Ruhe haben, sich in Respekt vor der Unverletzlichkeit staatlicher Hoheitszeichen zu üben. Wer nun in der weitläufigen Stadt einen Brief aufzugeben hat, muß bis zum Postamt laufen. Zeit vergehen, Stiefelsohlen zerreißen — kurzum, einen dummen Streich lägen.

Das war es natürlich. Zweifellos hat irgendein Mäßiggänger, der vermurlich ein Hakenkreuz im Knopfloch trägt, früh, mittags und abends „Heil“ drüllt, im übrigen aber keinen Finger und keinen Heller für das Deutschland rührt, seiner unentwegten Befassung besonders heldenmütigen Ausdruck zu geben vermeint, indem er bei Recht und Rebel einen Briefkasten attackierte. Ein solcher Streich ist nie sympathisch. Ist schon Studentenunfall, der in Sachbeschädigung arbartet, widerlich, so ist nationale Beleidigung, die sich mit dem Herkraten von Briefkasten befaßt, mehr als lässlich. Was übrigens auch von den tschechischen Fanatikern gilt, die das Umhängen von Kaiser-Josef-Statuen und das Zertrümmern historischer Wandgemälde als nationalen Sport betreiben.

Schüttelt man über den deutschnationalen Briefkastenträger jedoch den Kopf, so muß man diese La-

der P...
beson...
die b...
Organi...
zung...
von...
ten f...
Diese...
dusfri...
wurde...
requis...
Hiesig...
Dabei...
die f...
aber j...
gen b...
werde...
dusfri...
ganz...
haben...
ein, a...
die f...
das f...
und e...
Waher...
da wo...
Ruft...
Auf d...
daß d...
v. d...
wesent...
mache...
berer...
Schlo...
Durch...
selbst...
das D...
(Hilf...
die sor...
Vestib...
versteu...
Schla...
nach...
sich b...
Tata)...
80 v. S...
da hier...
Fiehl...
nismäh...
zur Be...
S. t e u...
durch d...
ist, so m...
Schlach...
haben...
...
der Böh...
noch die...
Steuern...
Geste...
trieb...
fa h r e...
anzule...
würdig...
daß die...
kräftig...